

Videos zu Gemeindeforum Bau und Umwelt

Die jährlichen Informationen der Leitstelle für Gemeinden aus den Bereichen Bau und Umwelt wurden dieses Jahr als Videos in den Youtubekanal des Kantons Zürich bzw. auf die kantonale Website gestellt und sind für die Gemeinden sehr interessant. Themen: KatasterprozesseZH, Vögel und Glas, Mobilfunk Anpassungen im Vollzug, Massnahmen Stadtklima, Änderung Energiegesetz, Lärm von Industrie und Gewerbe/Sonntagsverkauf, Löschung von Personaldienstbarkeiten im Grundbuch sowie ein Talk mit Regierungsrat Dr. Martin Neukom und Marcel Hüppin, Leiter der Leitstelle für Baubewilligungen.

www.zh.ch/baubewilligung → Infos
Baubehörden & Fachstellen →
Newsletter & Gemeindeforum

Geändertes Energiegesetz für mehr Klimaschutz

Öl- und Gasheizungen verursachen 40 Prozent der klimabelastenden CO₂-Emissionen im Kanton Zürich. Gemäss Änderung des kantonalen Energiegesetzes müssen Öl- und Gasheizungen darum künftig am Ende ihrer Lebensdauer durch klimaneutrale Heizungen ersetzt werden – ein wichtiger Beitrag für wirksamen Klimaschutz im Gebäudebereich. Gegen die vom Kantonsrat beschlossene Umsetzungsvorlage hat der Hauseigentümergebund das Referendum ergriffen, womit es am 28. November 2021 zur Volksabstimmung kommt. Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen die Annahme der Vorlage.

www.zh.ch/abstimmungen

Vereinfachte Bewilligung für klimafreundliche Wärmepumpen

Angesichts der Klimakrise ist der Umstieg von Öl- und Gasheizungen mit ihren hohen CO₂-Emissionen auf klimafreundliche Heizsysteme dringend. Durch die Vereinfachung der Bewilligung für Wärmepumpen will die Baudirektion diesen Umstieg weiter begünstigen. Die Vernehmlassung läuft bis 7. Januar 2022.

www.zh.ch/vernehmlassungen (Suche: BVV)

101 GWh Strom an Autobahnen und Bahnstrecken

Im Oktober 2021 hat der Bundesrat einen Bericht in Erfüllung eines Postulats von Nationalrat Storni (20.3616) verabschiedet. Dieser zeigt, dass entlang von Autobahnen und Bahnstrecken insgesamt 101 Gigawattstunden (GWh) Strom pro Jahr produziert werden könnten. Zur besseren Nutzung dieses Potenzials braucht es rechtliche Anpassungen. Das UVEK wird diese nun zügig vorbereiten.

www.astra.admin.ch

Klimapolitik: neue Gesetzesvorlage

Nach dem Nein der Stimmbevölkerung zum CO₂-Gesetz in der Abstimmung vom 13. Juni 2021 hat der Bundesrat im September über das weitere Vorgehen in der Klimapolitik entschieden. Er wird bis Ende Jahr eine neue Gesetzesvorlage in die Vernehmlassung schicken, erarbeitet wird sie vom UVEK. Dabei will der Bundesrat für die künftige Klimapolitik eine möglichst breite Basis schaffen. An seinen klimapolitischen Zielen hält er fest: Die Schweiz soll ihre Emissionen bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. Auf Instrumente, die massgeblich zum Nein beigetragen haben, soll verzichtet werden.

www.admin.ch

Vernehmlassung Energieeffizienz und Solaranlagen

Das UVEK hat im Oktober 2021 die Vernehmlassung zu Änderungen der Energieeffizienzverordnung und der Raumplanungsverordnung eröffnet. Zum Revisionspaket gehören Anpassungen bei der Berechnungsmethodik der Energieeffizienz-Kategorien von Personenkraftwagen sowie Klärungen in Bezug auf Solaranlagen ausserhalb der Bauzonen. Die Vernehmlassung dauert bis zum 25. Januar 2022.

www.uvek.admin.ch

Verordnungen Luft und Recycling

Der Bundesrat hat im Oktober 2021 Änderungen in der Luftreinhalte-Verordnung (LRV) sowie der Verordnung über die Rückgabe, die Rücknahme und die Entsorgung elektrischer und elektronischer Geräte (VREG) genehmigt. Die LRV beinhaltet verschärfte Grenzwerte für den Luftschadstoffausstoss bei Zementwerken. Die geänderten Vorgaben der VREG gelten neu für alle elektrischen Geräte. Dies verbessert das Recycling der darin enthaltenen Materialien.

www.bafu.admin.ch

Bund, Kantone, Städte und Gemeinden planen gemeinsam Verkehrsdrehscheiben

Veränderte Lebensstile und Werthaltungen sowie neue Technologien werden die Mobilität in den nächsten Jahrzehnten verändern. Die verschiedenen Staatsebenen wollen darum die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung noch gezielter aufeinander abstimmen. Mit der Unterzeichnung der «Erklärung von Emmenbrücke» haben Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden dies am 9. September 2021 gemeinsam bekräftigt.

www.admin.ch

Der Baudirektor meint der Kanton Zürich muss aufholen!



Regierungsrat Martin Neukom,
Baudirektor

Gewiss, liebe Leserinnen und Leser, es tut sich viel in Sachen Klimaschutz. Aber geschieht auch genug? Und vor allem: Geschieht es schnell genug? Die Zeit, die uns bleibt, um die Kippunkte zu vermeiden, ist knapp. Spätestens 2050 müssen wir beim CO₂-Ausstoss netto null erreichen. Es gilt, im Kanton Zürich 120 000 Öl- und Gasheizungen zu ersetzen, und zwar nicht erneut durch fossil betriebene Heizungen, denn diese produzieren mit ihrer langen Lebensdauer CO₂ bis in die 2040er-Jahre hinein. Wir brauchen die Wärmepumpe, und das ist der Kern des Energiegesetzes, über das wir am 28. November abstimmen.

Es ist ein fortschrittliches Gesetz, aber wer nun denkt, der Kanton Zürich liege sowieso immer ganz vorne, der irrt dieses Mal. Der urbane Kanton Basel-Stadt konnte mit seinem Energiegesetz vom Oktober 2017 den Anteil fossil betriebener Neuheizungen von rund 70 Prozent auf 10 Prozent senken. Der Landkanton Freiburg schaffte sogar 3 Prozent. Das heisst, beim Heizungsersatz ist 97 Prozent erneuerbar und nur 3 Prozent fossil. Im September sprach sich die Glarner Landsgemeinde für ein Öl- und Gasheizungsverbot aus und ging damit weiter als das, worüber wir abstimmen.

Wenn im Stadt-Land-Kanton Zürich das Energiegesetz angenommen wird, können wir damit rechnen, dass nur noch 10 Prozent der Heizungen fossil ersetzt werden. Gemessen an der Bevölkerung und dem absoluten Energiebedarf wird unser Energiegesetz damit zur wohl wirksamsten Klimaschutzmassnahme schweizweit. Wir können uns wieder an die Spitze setzen, aber nicht fürs Prestige, sondern fürs Klima!